

wenn nicht eine schriftliche Vereinbarung über die Namensnennung geschlossen wurde.

Schließlich erklärte das Gericht auch die vom Verlag verwendete Haftungsklausel für rechtswidrig. Danach sollten die Fotografen den Verlag von allen ihm durch Dritte rechtskräftig auferlegten Kosten freistellen.

DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken sagte, das Urteil bestätige „die Position der Verbände, dass nicht jeder Umfang der Rechteinräumung mit dem Urhebergesetz vereinbar ist“. Die Geschäftsführerin der Deutschen Journalisten-Union (DJU), Ulrike Maercks-Franzen, sieht in dem Richterspruch die Bestätigung dafür, dass „rechtswidrige und unanständige Honorarbedingungen“ vor Gericht keine Chancen hätten. tz

Frühere taz-Chefredakteurin Mika: Zeitung wird Luxusmedium

Shz-Chefredakteur: Enge Leser-Bindung - Diskussion beim Christian Jensen Kolleg

Breklum (epd). Die traditionelle Zeitung wird nach Ansicht der ehemaligen taz-Chefredakteurin Bascha Mika (57) künftig ein „Luxusmedium“ für wenige Leser werden, die noch Wert auf Qualitätsjournalismus legen. Grund sei vor allem das Internet mit seinen Nachrichtenangeboten, die immer mehr Menschen als Information ausreichen, sagte Mika beim Demokratie-Kolleg am 8. Juni im Christian Jensen Kolleg in Breklum (Kreis Nordfriesland). Mika lehrt derzeit an der Universität der Künste in Berlin.

Der Chefredakteur des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages (shz), Stephan Richter (61), warnte davor, weniger journalistische Qualität anzubieten. Es gebe zwar Leser, denen ein Anzeigenblatt reiche. Trotzdem müssten Journalisten „die Sache hochhalten“. Die shz-Titel wie „Insel-Bote“ oder „Sylter Rundschau“ setzten auf eine „hohe Bodenhaftung“ im Lokaljournalismus und eine enge Leser-Blatt-Bindung.

Nach den Worten von Richter melden sich Leser umgehend, wenn sie Kritik an einem Bericht haben. Sie nähmen die Zeitung immer noch als „meine Zeitung“ wahr. Diese enge Leser-Blatt-Bindung gebe es aber eher in ländlichen Regionen, räumte Richter ein. Zum shz gehören 15 Zeitungstitel mit einer Gesamtauflage von 300.000 Exemplaren.

Mika und Richter bedauerten, dass offenbar immer mehr Verleger die hohe Bedeutung der Zeitung für Gesellschaft und Demokratie nicht mehr würdigten und

sie nur noch als Wirtschaftsfaktor sähen. „Die Verleger handeln immer mehr so, als produzierten sie Wurst oder Käse“, sagte Mika. In einem Medienunternehmen, das ausschließlich ökonomisch geführt werde, sei der professionelle Qualitätsjournalismus bedroht, so Richter. Dieser werde zunehmend nur noch als Kostenfaktor gesehen. Inh

Meckel: Medienwissenschaft muss mehr in die Öffentlichkeit

Beteiligung an Debatten wie dem Kachelmann-Fall gefordert

Dortmund (epd). Die Kommunikationswissenschaftlerin Miriam Meckel hat ihr Fach als zurückhaltend kritisiert. „Kommunikationswissenschaft in Deutschland hat ein verklemmtes Verhältnis zur Öffentlichkeit“, sagte Meckel am 1. Juni zur Eröffnung der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DG-PuK) in Dortmund. Oftmals gingen Vertreter des Fachs nicht in die Offensive, obwohl sie einiges zu bieten hätten.

Aktuelle Entwicklungen wie etwa die Digitalisierung und das sich ändernde Mediennutzungsverhalten bräuchten dringend den Diskurs und seitens der Kommunikationswissenschaft „auch einmal eine Entscheidung“. „Gelegentlich sollte man sich von seiner langfristigen Datenanalyse nach vorne trauen und eine Einschätzung abgeben“, kritisierte die Wissenschaftlerin. Dies treffe insbesondere auf Fälle wie den des Wettermoderators Jörg Kachelmann oder des ehemaligen ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Breder zu. „Diese Debatte ist eine, die von Journalisten geführt wird“, sagte Meckel. „Unser Fach sollte dazu auch etwas sagen.“

Nach Ansicht des Journalismus-Professors Stephan Ruß-Mohl können Kommunikationswissenschaftler vielfach nicht kommunizieren. Das sei mit ein Grund dafür, weswegen die Medienwissenschaften in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen würden. In diesem Punkt könne man von den amerikanischen Kollegen lernen. „Die geben sich mehr Mühe, ihre Botschaften verständlich für ein breites Publikum rüber zu bringen“, sagte Ruß-Mohl. Jedoch müssten auch die Journalisten lernen, dass es innerhalb der Kommunikationswissenschaft Kompetenz zu aktuellen Fragen gibt. „Auf beiden Seiten muss man sich ein bisschen anstrengen.“

Die dreitägige Jahreskonferenz wurde in diesem Jahr vom Institut für Journalistik der Technischen Universität Dortmund veranstaltet. Knapp 400 Teilnehmer disku-

tierten vom 1. bis 3. Juni in rund 70 Vorträgen und Diskussionsrunden Fragen aus der Medienpraxis und Medienforschung. *meu*

Bibel TV sammelte 7,5 Millionen Euro Spenden

Vertrag von Geschäftsführer Henning Röhl verlängert

Hamburg (epd). Der christliche Fernsehsender Bibel TV hat seinen Umsatz im vergangenen Jahr mit 8,5 Millionen Euro gegenüber 2009 um knapp 20 Prozent gesteigert. Rund 7,5 Millionen Euro davon seien durch Spenden aufgebracht worden, teilte der Sender am 8. Juni mit. Den Hauptteil tragen rund 36.000 regelmäßige Spender. Etwa eine Million Euro kam aus Werbeerträgen und anderen Einnahmen. Auch für 2011 erwartet Bibel TV ein weiteres Wachstum. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2011 sind die Spenden nach eigenen Angaben um etwa 18 Prozent gestiegen.

In ihrer Sitzung in Hamburg verlängerten die Gesellschafter von Bibel TV den Vertrag von Geschäftsführer Henning Röhl (68) bis zum Jahr 2013. Röhl war zuvor Fernsehdirektor des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) und Chefredakteur von „ARD aktuell“ („Tagesschau und Tagesthemen“). Bibel TV wird im Oktober 2012 sein zehnjähriges Bestehen feiern. Die gemeinnützige GmbH hat 16 Gesellschafter, die katholische und evangelische Kirche sind zusammen mit 25,5 Prozent beteiligt. Hauptgesellschafterin ist die Rentrop Stiftung. *Inh*

Islamistischer Terrorist muss Foto-Veröffentlichung hinnehmen

Bundesgerichtshof: Erhebliches Informationsinteresse der Öffentlichkeit

Karlsruhe (epd). Ein verurteilter islamistischer Terrorist der Terrorgruppe „Ansa al-Islam“ muss die Veröffentlichung seines Fotos in den Medien hinnehmen. Wegen des erheblichen Informationsinteresses der Öffentlichkeit müsse das Persönlichkeitsrecht des Mannes zurücktreten, urteilte der Bundesgerichtshof (BGH) am 7. Juni in Karlsruhe (Az.: VI ZR 108/10).

Der Mann war am 15. Juli 2008 vom Oberlandesgericht Stuttgart zusammen mit zwei Mitangeklagten wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung in Tateinheit mit versuchter Beteiligung

an einem Mord zu einer siebeneinhalbjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Die Gruppe war an einem geplanten Anschlag auf den damaligen irakischen Ministerpräsidenten Ijad Allawi beteiligt.

Während der Urteilsverkündung hatte der Vorsitzende Richter zwar Bildaufnahmen erlaubt, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Angeklagten auf den Fotos unkenntlich gemacht werden. Unter der Überschrift „Irak-Terroristen müssen für Attentatsplan ins Gefängnis!“ veröffentlichte die „Bild“-Zeitung trotz des richterlichen Verbots ein Foto, auf dem das Gesicht des Terroristen zu erkennen war. Dieser sah daraufhin sein Persönlichkeitsrecht verletzt und klagte auf Unterlassung.

Der BGH stellte nun klar, dass es sich bei der Urteilsverkündung um ein zeitgeschichtliches Ereignis handelte, an dem ein erhebliches Informationsinteresse der Öffentlichkeit bestanden habe. In diesem Fall sei eine Bildveröffentlichung auch ohne Einwilligung des Klägers erlaubt. Auch die Anordnung des Vorsitzenden Richters, Fotos unkenntlich zu machen, müsse hier zurückstehen. *fle*

Journalisten-Daten über Dresdner Landgericht ins Internet gelangt

Berliner Radio-Mitarbeiter entdeckte Datenleck – Gericht entschuldigt sich

Berlin/Dresden (epd). Über die Internetseite des Landgerichts Dresden sind Daten von mehr als 100 Journalisten öffentlich zugänglich gewesen. Bei den Informationen handele es sich um einen älteren Datenbestand, in dem unter anderem Anschriften, Telefonnummern und Ausweisnummern von deutschen und internationalen Journalisten enthalten sind, die beim Landgericht akkreditiert waren, berichtete der Berliner Sender Radio multicult.fm am 14. Juni.

Ein Mitarbeiter des Senders hatte das Datenleck auf der Seite „Justiz in Sachsen“ (www.justiz.sachsen.de) entdeckt. Ein Link führte zu den sensiblen persönlichen Daten. Wie es zu der offensichtlich falschen Verlinkung kam und wie lange die Daten schon für jedermann zugänglich im Netz standen, ist unklar. Die genaue Ursache für die Panne werde „noch untersucht“, teilte das Gericht in Dresden mit. Für einen Anwendungsfehler lägen derzeit keine Anhaltspunkte vor. Der Fehler sei am 11. Juni um 15 Uhr entdeckt und gegen 18 Uhr beseitigt worden, hieß es. Das Gericht entschuldigte sich bei den Betroffenen.

McAllister plädiert für stärkere Förderung der Medienkompetenz

Schutz von Kindern sei „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“

Oldenburg (epd). Der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister (CDU) hat sich für eine stärkere Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen ausgesprochen. Die Gefahren im Internet seien vielfältig, sagte er am 30. Mai zur Eröffnung des 16. Deutschen Präventionstages in Oldenburg. Dazu gehörten Gewalt, Pornografie, Sucht sowie politischer und religiöser Extremismus. Der Schutz der Heranwachsenden sei eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“.

Der europaweit größte Kongress zur Kriminalitätsbekämpfung steht unter der Überschrift „Neue Medienwelten – Herausforderungen für die Kriminalprävention?“. Der Geschäftsführer des Präventionstages, Erich Marks, forderte eine Wissensbündelung über die Risiken und Gefahren der digitalen Medien. Das Internet sei zum Tatort geworden. Die Polizei habe im vergangenen Jahr einen Rekordwert von 225.000 Straftaten im Internet gezählt.

McAllister warnte vor einem zu unvoreingenommenen Umgang mit dem Internet. In der Anonymität des weltweiten Netzes sinke die Hemmschwelle, Mitmenschen zu verunglimpfen. Für die Opfer sei dies besonders schlimm: „Was einmal im Internet ist, kann später kaum noch zurückgeholt werden.“ *lmb*

Mehr Geld für Bürgermedien gefordert

Fachgespräch zur Zukunft gemeinwirtschaftlicher Medien in Bayern

München (epd). Gemeinwirtschaftliche Lokalradios und TV-Stationen erhalten nach Ansicht von Experten zu wenige Fördergelder. Das bemängelte Georg May vom Bundesverband Bürger- und Ausbildungsmedien am 7. Juni in München bei einem Fachgespräch der bayerischen Grünen Landtagsfraktion.

Die sogenannten Bürgermedien, die ohne Gewinn arbeiten und zusammen täglich 1.500 Stunden Programm produzieren, gehören nach Angaben von May zur festen Größe in einigen Regionen Deutschlands. Er bemängelte, dass die Arbeit der Bürgermedien unterfinanziert sei. Die meisten Mitarbeiter, die Bürgermedien als ersten Praxistest für ihren künftigen Beruf nutzen, arbeiten

laut May unentgeltlich oder für geringe Honorare. Nur ein halbes Prozent der Rundfunkgebühren, also 26 Millionen Euro im Jahr, fließe in die Bürgermedien. May plädierte für eine Aufstockung dieser Fördergelder auf ein Prozent.

Nach Angaben von Klaus-Jürgen Buchholz von der Niedersächsischen Landesmedienanstalt sind Bayern, Baden-Württemberg und Bremen Schlusslichter bei der Förderung der nicht-kommerziellen Lokalsender. Die Expertenrunde war sich einig, dass die gemeinwirtschaftlichen Sendeanstalten nicht vernachlässigt werden dürften.

Schätzungen zufolge erreichen die nichtkommerziellen Sender, die auch Community Media genannt werden, bundesweit täglich 1,5 Millionen Menschen. Rund 30.000 ehrenamtliche Mitarbeiter sind für sie tätig. Einige Bürgermedien sind als Aus- und Fortbildungskanäle oder Campus-Radios für Studenten organisiert und bieten Workshops für angehende Journalisten an. *lmb*

Studie: Zeitversetztes Fernsehen fordert Programmierer heraus

Nutzung vor allem während der Primetime – Fernsehforschung verbessern

Dortmund (epd). Das zeitversetzte Fernsehen wird die Programmierer des linearen Fernsehens nach Ansicht von Experten vor erhebliche Herausforderungen stellen. In Zukunft würden die Zuschauer eher unattraktive, aber prominent platzierte Sendungen im klassischen Fernsehen wegen der Möglichkeiten des zeitversetzten Fernsehens meiden, sagte Lena Ziegler vom Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der LMU München am 2. Juni in Dortmund.

Je nach Art der Nutzung könne der zeitversetzte TV-Konsum dem klassischen Fernsehen sowohl Zuschauer entziehen als auch die Reichweite einzelner Sendungen steigern, sagte sie bei der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationsforschung (DGPK). In einer nicht repräsentativen Onlinebefragung gaben im September 2010 über die Hälfte der 450 Befragten an, zeitversetztes Fernsehen vor allem während der Primetime zwischen 20 und 23 Uhr zu nutzen. Als zeitversetztes Fernsehen wurden dafür sowohl gerätebasierte Lösungen wie HD-Rekorder als auch serverbasierte Plattformen wie Mediatheken berücksichtigt.

Die meisten Befragten (28 Prozent) schauten sich zeitversetzt Serien wie „Verbotene Liebe“ und „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ an, 21 Prozent nutzten das zeitversetzte Fernsehen für Dokumentationen und 20 Prozent sahen Spielfilme. Kaum genutzt wurden hingegen Ratgebersendungen (ein Prozent) und das Kinderprogramm (zwei Prozent).

Die Forscher untersuchten bei ihrer Studie zudem die unterschiedlichen Motive zur Nutzung des nicht-linearen Fernsehens in Abhängigkeit von der jeweiligen Situation. Als starkes Motiv kristallisierte sich dabei vor allem das Nachholen verpasster Sendungen heraus, gefolgt von der Lust auf eine bestimmte Sendung und der Möglichkeit, selber bestimmen zu können, wann man fernsehen möchte.

In einer repräsentativen Befragung wollen Ziegler und ihr Kollege Olaf Jandura demnächst klären, welchen Stellenwert das zeitversetzte Fernsehen bei den Zuschauern gegenüber dem linearen hat. Zudem müsse die Fernsehforschung diese Art der Nutzung besser erfassen, um verlässliche Ergebnisse über die wirkliche TV-Reichweite zu erhalten. Bislang würden sämtliche serverbasierten Angebote von der Arbeitsgemeinschaft Fernsehforschung noch nicht erfasst, sagte Ziegler. *meu*

Kraft eröffnet Medienforum.NRW mit medienpolitischer Grundsatzrede

Medienkongress steht unter dem Motto „Medien, Macht und Menschen“

Köln (epd). Das diesjährige Medienforum.NRW steht unter dem Motto „Medien, Macht und Menschen“. Eröffnet werde der größte Medienkongress in Nordrhein-Westfalen am 20. Juni in Köln von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) mit einer medienpolitischen Grundsatzrede, kündigten die Veranstalter am 7. Juni in Köln an. Darin wolle sie auch die künftige Medienstrategie der rot-grünen Landesregierung vorstellen, hieß es.

In der Kölnmesse werden vom 20. bis 22. Juni nationale und internationale Medienvertreter in 70 Experten-Runden mit rund 200 Referenten und Moderatoren eine aktuelle Standortbestimmung versuchen. „Nachdem wir lange über die Digitalisierung sprachen, sind wir nun mittendrin und besichtigen ihre Folgen für die Medien, für die Politik und für uns als Gesellschaft“, sagte der Direktor der veranstaltenden Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM), Jürgen Brautmeier, bei der Programmpräsentation. Zentrales Thema sei deshalb das

Verhältnis etablierter Medien wie Zeitung, Radio oder TV zu neuen sozialen Medien wie Twitter und Facebook.

Daneben konzentrieren sich die Diskussionen, Foren und Workshops bei der 23. Auflage des Medienforums.NRW auf Fernsehen, Film, Zeitung und Digitales. Themen wie das Medienkonzentrationsrecht, mobile Mediennutzung und Trends in der Werbung sowie Datenschutz und Internet-Sicherheit sollen zur Sprache kommen. Auch dem Radio soll nach Angaben der Veranstalter mehr Platz eingeräumt werden.

Auf dem Medienforum.NRW werden unter anderen die derzeitige ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel und ZDF-Intendant Markus Schächter sowie RTL-Group-Geschäftsführer Gerhard Zeiler und der Präsident der Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, Helmut Heinen, diskutieren. Vodafone-Chef Friedrich Jousen, E-Plus-Geschäftsführer Thorsten Dirks, Schulministerin Silvia Löhrmann (Grüne) und Medienministerin Angelica Schwall-Düren (SPD) gehören ebenso zu den Gästen wie Angela Merkels Medienberaterin Eva Christiansen und die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann.

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert das 23. Medienforum.NRW mit 1,5 Millionen Euro, 723.000 Euro zahlt die LfM, 220.000 Euro die Stadt Köln.

► <http://www.medienforum.nrw.de>

lwd

Produzent und Regisseur Peter Schamoni gestorben

Produzentenallianz: „Einer der vielseitigsten und originellsten deutschen Produzenten“

München (epd). Der Filmproduzent und Regisseur Peter Schamoni ist tot. Er starb nach Angaben seiner früheren Lebensgefährtin Anja Jungclaus am 14. Juni im Alter von 77 Jahren in München. Alexander Thies, Vorsitzender des Vorstands der Allianz Deutscher Produzenten, würdigte Schamoni als einen der „vielseitigsten und originellsten deutschen Produzenten, Regisseure, Autoren“. Für Schamoni sei „Filmemacher“ ein Ehrentitel gewesen.

Schamoni war in den 60er Jahren als Produzent der Komödie „Zur Sache Schätzchen“ mit Uschi Glas und Werner Enke bekanntgeworden. Seit 1957 war er an mehr als 30 Spiel- und Dokumentarfilmen beteiligt. In den vergangenen 20 Jahren hatte er vor allem durch Dokumentarfilme über Künstler wie Fernando Botero,